

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Der Zeitungsbetrieb wird in allen Klassen erhalten

am 12. Januar
im
Ausstellungspalast
20 Uhr
Kundgebung

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale

Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches

Abonnementpreise: Die monatlich gelieferte Monatsbeilage über den Preis von 20 Pf. für Familienkreise (schließen sich dem bezugsfähigen Teil einer Zeitung) 1,50 RM. Unregelmäßige Zusendungen werden nicht angenommen. Die Expedition Dresden, K. I. Güterbahnhofstraße 2, 1. Stockwerk (frei Haus monatlich 2,50 RM (zuletzt im Voraus), durch

den Post 1,50 RM (ohne Zustellung). Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Im Falle schwerer Gewitter behält sich die Expedition auf Verlangen der Zeitung aber auf Auslieferung des Tagesheftes. Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-K. Güterbahnhofstraße 2, 1. Stockwerk; Druck: Dresdener Druckerei, Dresden 18 000.

Verantwortlich für den Inhalt: ... mit dem Namen des Verlegers, ... und Arbeiterstimme: ... Dresden für ... Berlin: ... und Leipzig: ... Dresden: ...

8. Jahrgang Dresden, Freitag den 8. Januar 1932 Nummer 6

Die Auswirkungen der Notverordnung

Sagt täglich neue Belastungen der Arbeiter!

Lohnenkung und Steuern, Unterförhungsabbau, Verschlechterung der Kranken-, Unfall- und Invaliden-Versicherung
Kein Preisabbau. Erhöhung von Neubaumieten. Das sind die Auswirkungen der Diktaturmaßnahmen und der Politik
des kleineren Übels, der Weg zum offenen Faschismus

Kampfeinheit für Arbeit, Brot und Freiheit!

Die Notverordnung des Lohn- und Gehaltsabbaus, der neuen Steuern, der Verschlechterung der Kranken-, Unfall- und Invaliden-Versicherung, der Kürzung der Wohlfahrtsunterstützungen und vieler anderer Diktaturmaßnahmen wirkt sich gerade in diesen Tagen immer mehr aus. Eine weitere ungeheure Verschlechterung und Einschränkung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft und aller anderen wertvollen Schichten liegt in der Luft.
Seit heute in allen Betrieben den erstenmal der Lohnabbau auf Grund der Notverordnung in Abzug gebracht, der für die verschiedensten Arbeiterkategorien 15, 20, 25, 30 und noch mehr Prozent beträgt. Das heißt, daß die Arbeiter heute mit einem um 2, 3, 4 Mark und noch stärker gekürzten Wochenlohn nach Hause gehen werden.
Das ist aber nicht alles. Gleichzeitig erfolgt heute der erste Abzug der Bürgersteuern, der pro Woche für verheiratete Arbeiter 1,50 und für Ledige 1 Mark beträgt. Diese Bürgersteuern müßten von allen Lohn- und Gehaltsempfängern gezahlt werden. Das bedeutet, daß auch die Kurzarbeiter Bürgersteuern und zwar in der halben Höhe der vormaligen Höhe, also verheiratete 75 und Ledige 50 Pfennig pro Woche entrichten müssen.

In den letzten Tagen wurden auch in allen Betrieben die Beschlüsse über die Verschlechterung der Krankenkassen-Beiträge angehängt. Der Abbau der Leistungen beträgt in der Regel 50 Prozent bei dem Krankengeld, der Krankenhauseinlage, dem Sterbegeld und besonders bei den Leistungen in der Familienfürsorge. Eine Reihe der bisherigen Beihilfenleistungen kommt ganz in Wegfall. In diesen Tagen wird ebenfalls die zehnprozentige Kürzung der Unterförhungsbeiträge für die Wohlfahrtsvereine, die in Dresden 40 000 betragen, durchgeführt.
Bei den Sozialrentnern deren Rentenzahlungen in den nächsten Tagen erfolgen, fallen alle Renten von 20 Prozent abwärts ganz weg. Die Sozialrentner sollen sich jetzt mit den Restspennungen der tödlichen Hinterlassenen begnügen. In Wegfall kommen auch alle Unfallrenten von 20 Prozent abwärts. Weitere Verschlechterungen treten dadurch ein, daß alle Doppelrenten in Wegfall kommen und nur noch eine Rente gezahlt wird.
Demgegenüber steht fest, daß der in der Lohnabbau-Notverordnung angeführte Preisabbau, den wir bereits als Zerkünderung der wertvollen Massen gekennzeichnet haben, bisher die Arbeiter in keiner Weise in Erscheinung getreten ist. So weit Preisentwürfungen vorgenommen wurden, betreffen sie solche Waren, die für Arbeiter und Erwerbslose fast nicht in Frage kommen. Die Ankündigungen der Gewerkschaften, verschiedene Preisbeschränkungen und Anordnungen beweisen, daß an eine Preisentwürfung für Bedarfsartikel des Arbeiterhaushalts überhaupt nicht gedacht wird. Im Gegenteil. Die Erhöhung der Umsatzzsteuer, die ebenfalls durch die letzte Notverordnung diktiert wird, zeigt bereits die Erhöhung der Preise für wichtige Bedarfsartikel des Arbeiterhaushalts.

Neben der sogenannten Preisabbauenkung sollte auch eine Senkung der Mieten eintreten. Wir haben bereits durch unsere Veröffentlichungen in der Arbeiterstimme bewiesen, daß für große Teile der Arbeiter nicht nur keine Herabsetzung sondern eine Erhöhung der Mieten eintritt. So müssen die Neubaumieten in Dresden mit einer Erhöhung der Miete von 5 und noch mehr Prozent rechnen.
In Borna wurden in den Siedlungen der Kinderreichen und Arbeitsbeschäftigten vom Stadtrat mehr als 25 Prozent Mietenentwürfung diktiert.
Alle diese Maßnahmen bedeuten eine ungeheure Steigerung der Not, des Elends und des Hungers der Arbeiterschaft und gleichzeitig auch eine Verschleimung des Ruins des Mittelstandes. Die faschistische Notverordnungspolitik der Brüningregierung, die den Kapitalismus vor der gewaltigen Krise retten will, ist für die Arbeiterschaft der Weg ins Hungerdasein. Diese faschistische Politik wurde und wird von der Sozialdemokratie und dem ADGB auf das härteste unterstützt und mit zur Durchführung gebracht. Deswegen sind die SPD- und ADGB-Führer auch für alle Auswirkungen dieser Notverordnung voll und ganz verantwortlich. Lohnabbau, neue Steuern, Unterförhungs- und Hinterlassenenabbau, Hunger, Not und Elend, das sind die Ergebnisse der sozialdemokratischen Politik des „kleineren Übels“ für die Arbeiterschaft. Diese Politik führt nicht nur zu immer neuem Arbeiterbetrug, sondern auch zur Anwendung von Polizeimaßnahmen, Streikbruch, Spionage und Provokateurkudchen gegen die um ihre Existenz ringende Arbeiterschaft durch die SPD- und ADGB-Führer.

Trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen formiert sich die kämpfende Einheitsfront der Arbeiterschaft. Die Streiks in Berlin, Barmen, im Ruhrgebiet, im Rheinland und in anderen Gebieten und Orten sind der Beweis dafür. Auch in Sachsen sind in allen Orten die Arbeiter sich zu vereinigen. In

passiven Resistenz übergegangen. In einigen Betrieben haben bereits Proteststreiks stattgefunden.

Die Erkenntnis, daß nur durch eine einheitliche Kampffront aller Arbeiter die Existenz der Arbeiterschaft gesichert werden kann, bricht sich überall Bahn. Eine Aufgabe der Mitglieder der KPD und der KPD ist es überall diese Erkenntnis zu fördern und zu verbreiten. In allen Betrieben, an allen Stellen, in allen Orten muß die rote Einheitsfront gegen die Krone der Unternehmern, der SPD- und ADGB-Führer und der Nazis geschaffen werden. Besonders gilt es jetzt in den Betrie-

Nitter und Wels bei Brüning Die Kapitalstützen für Hindenburgs Amtsverlängerung!

Die Kapitalstützen für Hindenburgs Amtsverlängerung! (Siehe 2. Seite)
Ihren an die sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Kollegen heranzutreten, mit ihnen zu diskutieren über die ungeheuren Auswirkungen der Notverordnung und über die Maßnahmen zur Verteidigung der Lebensbedingungen und Existenz aller Arbeiter. Nur durch die kameradschaftliche Diskussion aller Genossen und KPD-Mitgliedern in allen Betrieben wird es gelingen, die SPD-Arbeiter vom arbeiterfeindlichen Weg der Politik des „kleineren Übels“ zu überzeugen, die zur immer weiteren Verelendung und Unterdrückung der Arbeiter, zum offenen Faschismus in Deutschland führt.
Gegenüber diesem Weg, der der Weg der Bourgeoisie ist, muß die Arbeiterschaft ihren eigenen Weg zum Kampf für Arbeit, Brot und Freiheit beschreiten. Die erste Vorbedingung dazu ist die Beseitigung des sozialfaschistischen Einflusses der SPD- und ADGB-Bürokratie auf die Arbeiter und die Herstellung der roten Einheit unter revolutionärer Führung durch die KPD und KPD. Diese Vorbedingung schnellstens zu schaffen, bedeutet das größte Hindernis im Existenzkampf der Arbeiterklasse zu beseitigen.

Durch Streik Lohnabbau abgewehrt!

Neue Streiks / Erwerbslose gegen Streikbruch / Große Erregung in Dresdner Betrieben

Lohnabbau u. Maßregelung verhindert

Vauterberg, 8. Januar. (Eig. Trahtbericht).
Als die Belegschaft der Fleischwarenfabrik Vauterberg nach lustigen Ausgehen am letzten Tage zur Arbeit erschien, wurde ihr durch Anschlag bekannt gegeben, daß die Löhne um 15 bis 20 Prozent abgebaut worden seien. Eine Betriebsversammlung wurde sofort nach vor Aufnahme der Arbeit einberufen. In dieser Versammlung wurde der Streik beschlossen. Die Direktion hat daraufhin den Lohnraubanschlag zurückgenommen, so daß die Arbeit am 8. Januar wieder aufgenommen wurde.

Düsseldorf, 8. Januar 1932. (Eig. Bericht).

Durch Streik erklommte sich die Belegschaft der Firma Kraus & Wenzberg in Wuppertal (77 Mann) die Zustimmung des angeklagten 15prozentigen Lohnabbaus für Ulfrarbeit. Der 15prozentige Lohnabbau wurde gekürzt auf 5 bis 10 Prozent für die Hilfsarbeiter. Die Unternehmer mühten sich einseitigem Streik vor der Belegschaft kapitulieren. Eine versuchte Maßregelung eines Streikführers wurde unter dem Druck der Belegschaft zurückgenommen werden.

Streik bei Ulstein

„A. J. am Mittag“ gestern nicht erschienen. — Streikbrüch-aktion der Gewerkschaftsbürokraten scheitert.

Weitern haben im Zeitungsbetrieb Ulstein die Notationshilfsarbeiter und Träger die Arbeit niedergelegt. Die Notationsbrüder haben ihre Solidarität mit den Hilfsarbeitern erklärt und sich geweigert, die Arbeit der Hilfsarbeiter zu übernehmen. Die „A. J. am Mittag“ ist nicht erschienen, auch das Nachmittagsblatt des Ulsteinerzeitungs, das „Tempo“ und die Abendausgabe der „Vossischen Zeitung“ wurden verpätet gedruckt. Der Streik richtet sich gegen den von der Direktion und den Gewerkschaftsführern vereinbarten 12,7prozentigen Abbau des tariflichen Wochenlohnes.

Die Gewerkschaftsbürokraten haben auf die Nachricht vom dem Streik gemeinsam mit den sozialdemokratischen Beamten des Reichsbundes ein Streikbrüchaktion organisiert. Den freigebergschaftlich organisierten Kollegen, die auf dem Arbeitsnachweis angewiesen waren, wurde vorgeschlagen, ihre Karten abzugeben, um sie nach Ulstein zu vermitteln. Die Kollegen weigerten sich jedoch, Streikbrüchbarkeit zu übernehmen.

Passive Resistenz der Leipziger Eisenbahner

Wie uns mitgeteilt wird, wächst die Erregung unter den Eisenbahnern der Leipziger Bahnhöfe über die geradezu katastrophalen Auswirkungen auf ihre Lebenshaltung ununterbrochen. Beträgt doch der Lohnabbau bei den Reichsbahnarbeitern durchschnittlich 15-17 Prozent. Ein verheirateter Reichsbahnarbeiter erhält nach dem durch die Notverordnung festgelegten Lohnabbau nur noch einen Stundenlohn von 66 Pfennig.

Die wachsende Erregung der Reichsbahnarbeiter auf den Leipziger Bahnhöfen hat jetzt auf dem Kaiserlichen Bahnhof und auf dem Elgüterbahnhof Leipzig-Magdeburg-Thüringen zur passiven Resistenz der Arbeiter geführt.

Auf dem Kaiserlichen Bahnhof belad ein Aufräumtrupp von 17 Mann im ganzen Tag nur einen einzigen Kotten. Andere, bei Gleisverlegungsarbeiten beschäftigte Kotten haben 150 Stunden Arbeit bei einer Gleisverlegung von nur 60 Meter.

Auf dem Elgüterbahnhof Leipzig-Magdeburg-Thüringen beschloß die Belegschaftsversammlung eine Protestresolution gegen die Notverordnung. Dort sind infolge der passiven Resistenz seit 1. Januar 16 Waggons mit Elgüter unangelegt stehengeblieben.

Empörung bei Dresdens städtischen Arbeitern

Dresden, 8. Januar.
Das Inkrafttreten der Notverordnung hat besonders bei den städtischen Arbeitern Empörung und Aufrregung hervorgerufen. Für sie ist in dieser Woche der Lohnabbau insgesamt in Höhe von 16 Prozent in Kraft getreten, da ihnen jetzt auch die Bürgersteuer mit der allgemeinen Lohnenkung abgezogen wird. Außerdem tritt die ungeheure Verschlechterung der Betriebskrankenfällenordnung in Kraft. Auf den Bahnhöfen und in den Elgüter werden ebenfalls empört. Inzwischen haben sich